Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: (13)

Artikel: Weltrundschau : Triumph des Antikommunismus ; Ein überholtes System ; Die Tragödie Ungarns ; Die russische Schuld ; Heuchelei des Westens ; Was muss geschehen? ; Der Suezkrieg ; An der Zeitenwende

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140125

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WELTRUNDSCHAU

Triumph des Antikommunismus Die zwei Monate, die seit dem Erscheinen unserer letzten Weltrundschau verstrichen sind, sind so übervoll von umstürzenden Ereignissen, daß es schier unmöglich ist, sie in einen geordneten Zusammenhang zu bringen und zuverlässig zu deuten. Hatten wir es im September-/Oktober-Heft noch als «sehr wahrscheinlich» bezeichnet, daß es über dem Suezkonflikt nicht zu einem Kriege komme, auch nicht zu einem «kleinen», so ist inzwischen der Krieg gegen Ägypten doch ausgebrochen, freilich auch (vorerst) wieder abgebrochen worden, als die Gefahr brennend wurde, daß daraus ein neuer Weltkrieg erwachse. Und glaubten wir in einer früheren Rundschau sagen zu dürfen, daß die Entwicklung der Weltereignisse unserer auf ein friedliches, fruchtbares Nebeneinanderleben der kommunistischen und nichtkommunistischen Welt gerichteten Haltung Recht gebe, so scheint jetzt die Niederwerfung des ungarischen Aufstandes durch die Rote Armee alle Hoffnung auf eine solche Koexistenz brutal zerschlagen zu haben. Im Gefolge der ungarischen Tragödie wälzt sich ja nun die trübste Schlammflut des ordinärsten *Antikommunismus* über den Westen und besonders über die Schweiz hin, die wir je erlebt haben. Die ganze sowjetische Außenpolitik der letzten anderthalb Jahre, so jubelt unsere Presse, ist zusammengebrochen. «Entspannung», «friedliche Koexistenz», «Nichteinmischung» und all die anderen «papierenen Propagandathesen des Kreml» seien nun endgültig als freche, heuchlerische Lügen entlarvt worden, hinter denen das wahre Gesicht der russischen Politik, ihr nihilistischer Despotismus, ihr Weltherrschaftswille, ihr ausbeuterischer Kolonialismus der ganzen Menschheit sichtbar geworden sei. Die Sowjetunion scheue sogar keinen Augenblick vor dem Krieg zurück, wenn ihre Stellungen bedroht seien; während sie den asiatischen und afrikanischen Völkern Freiheit predige, greife sie unbedenklich zum «Massenmord gegenüber einer zivilisierten Nation von alter Geschichte, um ihre Forderung nach Freiheit zu unterdrücken».

Die selbstverständliche Folgerung aus diesem Tatbestand, so tönt es von allen Seiten, sei der Abbruch, wenn nicht der diplomatischen, so doch aller wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion. Einer der höchsten schweizerischen Armeeführer, Oberstkorpskommandant Frick, verlangt sogar (in der «Neuen Zürcher Zeitung» Nr. 3202) ein Ultimatum «des gesamten Westens, mindestens der Atlantikpaktländer» an die Moskauer Machthaber mit der Forderung, «Ungarn innert bestimmter kurzer Frist zu räumen» – also tatsächlich die Kriegserklärung an die Sowjetunion. Die kommunistische «Partei der Arbeit» ist zwar vorderhand in der Schweiz noch nicht verboten,

aber gegen ihre Mitglieder und Anhänger tobt gegenwärtig, von der Presse planmäßig gelenkt, eine terroristische Hetze von unsagbarer Gemeinheit, an der sich Rechtssozialdemokraten und Gewerkschaftsführer womöglich noch leidenschaftlicher beteiligen als die bürgerlichen «Patrioten» und «Demokraten» und die an Tollheit sogar noch die «Hexenjagd» der McCarthy-Zeit in Amerika hinter sich zurückläßt. Selbstverständlich wird der Fall Ungarn auch zur erneuten Stärkung des etwas erlahmten «Wehrwillens» ausgenützt; die Volksinitiative für die Erweiterung der Volksrechte in Militärsachen ist (mehrheitlich) von ihren eigenen Urhebern mutlos fallengelassen worden, so daß die Propaganda für die neue Riesenrüstung der Schweiz, die jetzt vorbereitet wird, auf keinerlei ernsteren Widerstand mehr stoßen wird. Und daß auch die «geistliche» Rechtfertigung des ganzen Treibens nicht fehle, wird uns wieder einmal im Kommunismus der «große Leviathan» vorgestellt, «das große Tier aus dem Abgrund», das «kein Gewissen hat und keinen Gott» und in Ungarn in Gestalt der Sowjetarmee aufgestanden sei (Pfarrer Max Schoch in der «Neuen Zürcher Zeitung»). *Uns* scheint, daß sich auch in der Russen- und Kommunistenhetze dieser Tage und Wochen richtige Höllengeister austoben, daß wir hier in einen Abgrund von dämonischer Besessenheit blicken, der uns schaudern macht, und daß recht eigentlich Teufelsmächte am Werk sind, um in Ausnützung der augenblicklichen Lage alle Arbeit zunichtezumachen, die seit einem Jahrzehnt für die Verhinderung einer dritten und wohl endgültigen Weltkatastrophe unter uns geleistet worden ist!

Ein überholtes System Versuchen wir daher, über die Vorgänge in Ungarn wie in anderen «Volksrepubliken» ein Urteil zu gewinnen, das, frei von Hysterie und Haß, so sachlich und nüchtern wie möglich die Dinge an den richtigen Platz stellt. Es handelt sich nämlich, so glauben wir, einfach um die Lebenskrise des sogenannten *Satellitensystems*, das die Sowjetunion seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und besonders seit seinem Abschluß aufgebaut hat. Der Zweck dieses Systems war nicht *nur* Schutz vor neuen Angriffen aus dem Westen, sondern auch Ausbeutung der wirtschaftlichen Kräfte der angeschlossenen Länder zugunsten der Sowjetunion und Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, aber doch in erster Linie militärischer Schutz. Seit 1939 hat, wie seinerzeit Professor E. H. Carr («Sowjetrußland und der Westen», S. 132) schrieb,

«die Besetzung strategischer Außenposten im Interesse der Sicherheit – eine Methode, die in der Vergangenheit von den Großmächten vielfach angewandt wurde – sich bei den Berechnungen der Sowjetunion immer mehr in den Vordergrund geschoben. In Osteuropa geschieht das in der Form, daß man einen breiten Schutzgürtel befreundeter Staaten zu schaffen sucht, der alle feindlichen Einflüsse von der Sowjetunion

fernhalten soll. Die Erfahrung der ersten Revolutionsjahre, als diese Länder als Ausgangsbasis für die Entfesselung des Bürgerkrieges gegen das Sowjetregime mit Rükkendeckung durch die Westmächte benutzt wurden, steht den Russen noch deutlich vor Augen. Diese Gebiete sind für die Sowjetunion heute dasselbe wie die Monroedoktrin für die Vereinigten Staaten (‚Wer sich in Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents einmischt, greift auch die Vereinigten Staaten an.' H. K.), die Niederlande für Großbritannien oder die Rheingrenze für Frankreich. Aber nichts in der Sowjetpolitik läßt auf die Wahrscheinlichkeit schließen, daß die Ost-West-Bewegung die Form eines bewaffneten Angriffs oder einer militärischen Eroberung annehmen könnte.»

Die hier gemeinte Sicherung war *vielleicht* in den ersten Nachkriegsjahren militärisch-strategisch noch vertretbar; heute, im Zeitalter der Atombombenrüstung, ist sie völlig überholt. *Wenn* der Westen je gegen die Sowjetunion losschlagen wollte, so geschähe das – wie noch letzthin General Gruenther, der bisherige Oberkommandant der NATO-Armeen, gedroht hat – durch sofortigen Einsatz der Kernwaffen, die über den Satellitengürtel hinweg die Sowjetunion schnell zu ruinieren vermöchten. Das System der Kontrollierung von Untertanenländern stieß aber auch immer heftiger auf den Freiheitswillen der Ostvölker, die eben keine Satelliten des Sowjetreiches sein wollen, sondern volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, wenn auch in natürlicher und politisch-sozialer Verbindung mit Rußland, erstreben. Gleichzeitig drängen die Nationen der Volksrepubliken auch innenpolitisch immer stürmischer auf Freiheit von jenem starren Diktaturkommunismus, der in der Ära Stalin ganz Osteuropa beherrscht hat. Die Diktatur war, unter dem Schutz der sowjetischen Besetzungsmacht, höchstens ein zeitweiliger Notbehelf, der angesichts der neuen, besonders auch in Westdeutschland beheimateten Bedrohung der Volksrepubliken und im Blick auf das Wirtschaftschaos der Nachkriegsjahre unausweichlich schien; in dem Maß aber, da dieses Chaos gebändigt wurde und da die Sowjetunion militärisch wie politisch erstarkte, konnte, ja mußte das Satellitenverhältnis verschwinden und die Diktatur einer sozialistischen Demokratie Platz machen. Sozialismus und Freiheit – das ist die wachsende Überzeugung der Ostvölker, das Sowjetvolk eingeschlossen – schließen sich nicht aus (wie die westliche Propaganda behauptet), sondern ergänzen und bedingen sich gegenseitig.

Der so entstandenen Freiheitsbewegung in den Ostvölkern drohen nun aber zwei Gefahren. Die eine ist, daß das Beharrungsvermögen der Träger und Nutznießer des alten Systems den Durchbruch der neuen Ordnung verzögert oder verhindert und so – da Druck eben Gegendruck erzeugt – zu katastrophalen Explosionen führt. Die andere liegt darin, daß die Freiheitsbewegung zu ungeduldig, zu unbedacht, zu überstürzt vorstößt und nur zu neuem Chaos führt, ja daß sie von reaktionären Kräften mißbraucht wird, daß also sozusagen das Kind mit dem Bad ausgeschüttet und im wiederaufgenommenen kalten

Krieg von den Westmächten doch das Ziel erreicht wird, das im «heißen» Krieg zu erstreben die Aussicht auf einen allgemeinen Atomkrieg ihnen verbietet: die Zerschlagung der sozialen Umwälzung im Osten und die Revision aller Grenzziehungen von der Oder bis zur Wolga, vom Böhmerwald bis zum Ural.

Daß solche Möglichkeiten – in der einen oder der anderen Richtung – in der «Entstalinisierung» enthalten seien, daß insbesondere die nach Stalins Tod eingeleitete und am 20. Parteitag der sowjetischen Kommunisten offen verkündete Bewegung ihren Urhebern aus den Händen gleiten und weit über deren Absichten hinausführen könne, ja müsse, war von Anfang an klar und wurde schon in unserem ersten Kommentar zu den Liberalisierungsbemühungen in der Sowjetunion ausgesprochen. In den Volksrepubliken sind beide Möglichkeiten zur Tatsache geworden, hier weniger, dort mehr, hier als Bremsversuch, dort als chaotischer Bewegungsdrang, überall aber verbunden mit schweren Krisen und Leiden. In *Jugoslawien* kam es 1948 zum Bruch mit der Sowjetunion, der erst im laufenden Jahr einigermaßen geheilt werden konnte; das Land errang und behauptete seine Unabhängigkeit von Moskau, blieb aber auf dem Boden eines Kommunismus, der starke Ansätze zur Demokratisierung zeigt und die Industrialisierung erfolgreich vorwärtstreibt, wenn auch die Landwirtschaft sehr unbefriedigend entwickelt ist. In *Ostdeutschland* brachte der 17. Juni 1953 ein erstes Aufflammen der Freiheitsbewegung, das aber bestimmt nicht das letzte sein wird, da die dortige Führungsschicht nach einem vorübergehenden Einlenken auf die Volksbegehren sich wieder stur und selbstgerecht in ihren alten Stellungen verschanzt hat und auf die Allmacht der russischen Bajonette vertraut. In *Polen* ging es hart an einer nationalen Katastrophe vorbei; aber das Regime zog noch rechtzeitig die Lehren aus dem Aufruhr vom 28. Juni dieses Jahres und auch aus der Tatsache, daß Polen auf die Sowjetunion angewiesen ist, wenn es seine Westgrenze gegen Deutschland halten will. Da anderseits auch Moskau Polen braucht, politisch-militärisch wie wirtschaftlich (Kohle aus Oberschlesien!), so bot es mehr oder weniger willig die Hand zur Gewährung der wesentlichen Forderungen der stürmischen Unabhängigkeits- und Freiheitsbewegung des polnischen Volkes. Es ist nicht zum wenigsten das Verdienst Gomulkas, des 1948 abgesetzten und wegen seines «Titoismus» ins Gefängnis geworfenen, nun aber wieder an die Spitze der Kommunistischen Partei gestellten volkstümlichsten Führers in Polen, daß diese Verständigung gelungen ist. Wohl hat sich in dem sowjetisch-polnischen Abkommen vom 18. November, das die im Oktober grundsätzlich erfolgte Vereinbarung bestätigt und ausbaut, die Warschauer Regierung zur Unterstützung der Moskauer Außenpolitik bekannt, aber sie hat dafür so viele national-politische, wirtschaftliche und militärische Zugeständnisse von der Sowjetregierung erlangt, daß das bisherige Satellitentum Polens gegenüber der Sowjetunion tatsäch-

lich in ein Bündnis zwischen gleichstehenden Staaten umgewandelt worden ist. Und was ebenso wichtig ist: Polen begibt sich immer mehr auf den Weg eines demokratischen Sozialismus. Mit dem Stalinismus, ja eigentlich mit dem Kommunismus im bisherigen Sinn ist es wohl in Polen vorbei; die Liberalisierung des Regimes, die namentlich auch eine Wiederherstellung der Gewerkschaftsfreiheit in sich begreift, wird nicht zu einer Neuauflage der feudal-kapitalistischen Scheindemokratie der Vorkriegszeit führen, sondern zu *neuen Formen* der Selbstregierung des Volkes auf der Grundlage einer sozialistischen Wirtschaftsverfassung. Daß der römischen Kirche ihr ganzer Besitz zurückgegeben werden soll und sie ihre alte Machtstellung großenteils wiederzugewinnen im Begriff ist, ist zwar mehr als ein bloßer Schönheitsfehler, dürfte aber, sofern sich das internationale Klima nicht entscheidend verändert, doch nicht einer Wiederherstellung des reaktionären ancien régime Vorschub leisten.

Die Tragödie Ungarns Ganz anders als in Polen ist die Unabhängigkeitsbewegung in *Ungarn* verlaufen, so sehr ihre Anfänge auch dem polnischen Muster glichen. Wir können hier nicht die ganze Entwicklung in Ungarn nachzeichnen, müssen aber doch einige ihrer entscheidenden Züge klarstellen.

Die große Krise nahm bekanntlich ihren Ausgang von einer Kundgebung der Intellektuellen und Studenten am 23. Oktober, der sich bald Soldaten und aus den Fabriken kommende Arbeiter anschlossen. Ihre Hauptforderung war die Wiederherstellung der freiheitlichen Grundrechte und die Rückberufung Nagys an die Spitze einer «entstalinisierten» kommunistisch-sozialistischen Regierung. Es war also ungefähr ein ungarisches Regime Gomulka, was die Demonstranten begehrten. Hätten die Inhaber der Macht auf diese Linie eingelenkt, so wäre die weitere Entwicklung auch wirklich etwa im polnischen Sinne verlaufen. Statt dessen lehnte der maßgebende Mann in der Regierung, Ernö Gerö – obwohl nicht Stalinist, sondern erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen, in das ihn das Regime Rakosi gebracht hatte –, Gerö also lehnte die Forderungen der Demonstranten in einer drohenden Radioerklärung schroff ab und bezeichnete die Urheber der Kundgebung fälschlicherweise als Provokateure. Das putschte die Menge regelrecht auf und brachte sie *wirklich* unter den Einfluß von Provokateuren. Nach einem offenbar bereits festgelegten Plan und mit erstaunlich schnell herbeigeholten Waffen trieben die Hintermänner der Operation die Demonstranten zum Sturm auf das Radiogebäude, auf den Sitz der Kommunistischen Partei, auf das Hauptquartier des Sowjetkommandos und auf andere strategisch wichtige Punkte, aber auch auf das Nationalmuseum, das vollständig niedergebrannt wurde. Am andern Morgen hatten die *grundsätzlichen* Gegner

des bisherigen Regimes bereits das Heft in der Hand. Und jetzt erst entschloß sich die Regierung zum Nachgeben. Imre Nagy wurde zum Ministerpräsidenten ernannt – aber es war schon zu spät. Denn inzwischen hatte Gerö die in Ungarn stationierte russische Besetzungsmacht um Hilfe angerufen, und das brachte den längst mottenden Russenhaß im Volk wie auch die angestaute Erbitterung über das altkommunistische Zwangsregime vollends zum gewaltsamen Ausbruch. Das Verhängnis nahm von nun an seinen fast gesetzmäßigen Verlauf.

Zutreffend stellt aber der Budapester Berichterstatter des linksbürgerlichen Pariser «Express» (26. Oktober) fest, daß die Schuld an der Lage, die zur Anrufung der Sowjettruppen führte, nicht nur auf der damaligen ungarischen Regierung lastet, sondern auch auf der Moskauer Regierung mit ihrer sprunghaften, unzuverlässigen Politik gegenüber den Volksrepubliken:

«Die Budapester Ereignisse», so schreibt er, «bestätigen so wieder einmal, daß es keine schlimmere Politik gibt als die des Hinhaltens und der Zweideutigkeit. Seit drei Jahren hat sich die Sowjetregierung für keine politische Linie entscheiden können. Sie hat den Volksdemokratien Versprechungen mit Vorbehalten gemacht, denen sie Drohungen folgen ließ; sie hat zwischen Liberalisierung und brutaler Einmischung geschwankt; sie hat Verpflichtungen unterschrieben, die sie dann unter der Hand wieder gebrochen hat. Das Ergebnis dieses schwankenden Kurses, dieser Halbheiten, die die ideologische Zerfahrenheit der Sowjetführer widerspiegeln, welche weder imstande sind, die Diktatur aufrechtzuerhalten, noch sie mit *einem* Schlag abzubauen – es besteht darin, daß die Ereignisse mindestens in Ungarn der Sowjetunion den übelsten Entschluß aufzwangen, den sie überhaupt fassen konnte: die Unterdrückung mit Waffengewalt. Die Sowjetführer hätten die Volksdemokratien ‚halten' können, wenn sie ihnen gegenüber entweder ‚die Schraube angezogen' hätten oder sie die Karte des ‚Nationalkommunismus' hätten ausspielen lassen. Weil sie sich nicht rechtzeitig für den einen dieser beiden Wege entscheiden konnte, schwächte die Sowjetunion die ‚Harten' vom Schlag Rakosis, der noch von Stalin eingesetzt worden war, ohne die liberalen Kräfte gewinnen zu können, die heute (das war gegen Ende Oktober geschrieben; H. K.) triumphieren. Die Entstalinisierung, die die Sowjetunion sich hat abwickeln lassen, vollzieht sich – in Warschau, in Budapest, morgen vielleicht in Prag und in Ostberlin – *gegen* die Sowjetunion.»

Man durfte indessen trotz allen diesen Fehlern hoffen, daß sich die Sowjettruppen nach der Wiederherstellung der primitivsten Ordnung zurückziehen würden und die Regierung Nagy aus eigener Kraft die Lage zu beherrschen imstande sein werde. Das war ein Irrtum. Die entfesselte Volksleidenschaft überspülte völlig die Gruppe Nagy, die keinerlei inneren oder äußeren Halt mehr gewann, sich mehr und mehr auch die extremsten Forderungen der Aufständischen zu eigen machte und immer deutlicher von der Sowjetmacht abrückte. Die Rote Armee schickte sich zwar an, Budapest zu räumen, aber die Aufständischen drängten nur um so hemmungsloser nach. Es setzte eine Art revolutionären Terrors ein mit grausamen Racheakten gegenüber den Anhängern und Organen des «scharfen» Kommunistenregimes; ja ganz zweifellos mischten sich jetzt neue gegenrevolutionäre Elemente in den Kampf ein, die den Rücktritt der «Mörderregierung Nagy» forderten.

Die Eigengesetzlichkeit der Gewaltanwendung, die wir aus unzähligen Beispielen kennen, machte sich auch hier wieder geltend. Es war einfach ein Verhängnis, daß die ungarische Freiheitsbewegung fast von Anfang an den Charakter eines bewaffneten, blutigen Aufstandes angenommen hatte, der seine Träger zu immer wilderen Konsequenzen hinriß. (Nebenbei: woher kamen eigentlich die Waffen und die Munitionsvorräte, mit denen die Aufständischen wochenlang einer gutausgerüsteten, starken Sowjetarmee Trotz bieten konnten? Stammten sie alle aus den Waffenlagern der ungarischen Armee?...) Auf der anderen Seite ließ sich aber auch das Kommando der Roten Armee zu neuer, rücksichtsloser Repression herausfordern. Wie die westdeutsche «Welt» (5. November) schrieb:

«Imre Nagy dürfte bereits zu dieser Stunde gewußt haben, daß es für den Kreml eine Staatsraison und für den roten Generalstab ein Gesetz des Handelns gibt, daß Moskau unter den neuen Aspekten nicht eine Niederlage hinnehmen kann, weil sie sich nicht auf Ungarn beschränken würde. Das polnische Beispiel hat gezeigt, daß Moskau trotz größten Bedenken und Widerständen gezwungen werden kann, Konzessionen zu machen. Einem eindeutig antikommunistischen Regime jedoch, das praktisch die Ausrottung des Kommunismus betreibt, kann es keine Konzessionen machen, ohne das Gesicht zu verlieren.»

Das war in der Tat die Auffassung, die das sowjetische Armeekommando bei seinem ganzen weiteren Vorgehen leitete. Und es wurde mehr und mehr auch die Auffassung einer um Janos Kadar gescharten Gruppe innerhalb der ungarischen Regierung selber, die von einer panischen Angst vor dem Durchbruch einer echt reaktionären, ja vielleicht faschistischen Gegenrevolution gepackt schien. Sie entledigte sich kurzerhand Nagys und seiner Freunde als schimpflicher Kapitulanten, konstituierte sich selbst als «Regierung» und rief aufs neue nach den Russen, sofern man nicht annehmen will, daß die Russen von sich aus zum «Kampf gegen die faschistische Gegenrevolution» aufriefen und sich in Kadar und seiner Gruppe nur eine ungarische Rückendeckung schufen. Daß sich Kadar zu der Rolle, die ihm zufiel, überhaupt hergab, ist deshalb so tragisch, weil er nach dem Zeugnis eines so gründlichen Ungarnkenners, wie es Franz Fejtö ist, «ein Freund Rajks war, ein echter Widerstandskämpfer, ein Nationalkommunist par excellence, der erst kürzlich aus dem Gefängnis gekommen war», und daß er mit anderen zu Beginn des Aufstandes, am 23. und 24. Oktober, «das Menschenmögliche getan hatte, um die Katastrophe zu vermeiden». (Siehe «France-Observateur», 1. November.)

Wie dem auch war, das Sowjetkommando hatte die Zügel fest in die Hand genommen und unter Täuschung der Öffentlichkeit mit eilends herangeführten Verstärkungen eine neue, als entscheidend gedachte Offensive gegen die Aufständischen vorbereitet. Die weiteren Ereignisse sind bekannt: verzweifelter Widerstand der Ungarn im ganzen Land, unsagbare Leiden des Volkes, aber auch schwere Opfer

der russischen Armee, Generalstreik der Arbeiter und Angestellten (endlich!), Vierzehn-Punkte-Programm Kadars mit meistens vortrefflichen Absichten, Erlahmen des Aufstandes unter dem Druck furchtbarer Not, Zwangsverschickung Tausender von gefangenen Ungarn nach der Sowjetunion, Organisierung einer sowjetischen Militärdiktatur. Im Augenblick, da ich schreibe, ist Kadar noch formell Ministerpräsident; aber die *gewaltlose* Revolution gewinnt nun doch mehr und mehr an Boden und wird vielleicht (vorläufig) zur Verwirklichung des verständigen Programms von Istvan Bibo führen: Wiedereinsetzung Nagys, nationale Unabhängigkeit Ungarns mit Anlehnung an die Sowjetunion und die übrigen Volksrepubliken, fortschreitender Abzug der Russen, Errichtung eines demokratisch-parlamentarischen Regimes unter Beibehaltung der Landreform und der Sozialisierungen. Ob Bibo nicht von radikaleren, das heißt nationalreaktionären Strömungen weggeschwemmt wird, bleibt abzuwarten.

Die russische Schuld Wie sollen wir nun aber von unserem Standpunkt aus die ungarischen Ereignisse *grundsätzlich* beurteilen? Ich habe bereits an anderem Ort ohne Umschweife gesagt, was ich von der gewaltsamen Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch die Sowjetarmee denke: sie ist in meinen Augen ein kaum sühnbares Verbrechen an der Menschlichkeit, an der Freiheit, am Sozialismus und auch am Frieden. Zu *erklären* scheint sie nur aus einer typisch sowjetisch-kommunistischen Furcht: der Furcht, daß in Ungarn die kapitalistisch-feudalistische Gegenrevolution triumphieren könnte, die auf die übrigen Volksdemokratien, ja auf die Sowjetunion selber übergreifen und alles, was seit bald vierzig Jahren in Osteuropa im Sinn einer sozialistischen Revolution erkämpft worden ist, zerstören, ja einen Weltkrieg herbeiführen könnte. Das in Ungarn angezettelte Komplott, so heißt es beispielsweise in der früher erwähnten polnisch-sowjetischen Erklärung vom 18. November, sei «integrierender Bestandteil einer allgemeinen Verschwörung der Imperialisten gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker» gewesen. Das Schlagwort – ein eigentliches Totschlagwort –, das immer und immer wieder herhalten mußte, um «linke» oder «rechte» Abweichungen vom stalinistischen Kurs zu verdammen und ihre Vertreter auszurotten, ist nun auch auf die ungarische Freiheitsbewegung angewandt und im größten Maßstab die mörderische Konsequenz daraus gezogen worden.

Man hätte zwar meinen können, mit der großen Entstalinisierung, die jedem Volk das Recht auf seinen eigenen Weg zum Sozialismus zuerkannte und auch die titoistische Ketzerei legitimierte, sei diese ganze Methode grundsätzlich erledigt gewesen und damit auch das Verhältnis der Sowjetunion zu den osteuropäischen Volksrepubliken auf eine neue Grundlage gestellt worden. Allein Ungarn beweist nun,

daß – um das Mindeste zu sagen – der Zickzackkurs des Kremls in seinen Beziehungen zu den Satellitenstaaten, von dem wir schon gesprochen haben, trotz der erfreulichen Regelung des sowjetisch-polnischen Verhältnisses weitergesteuert wird. Was in Ungarn geschehen ist, stellt einen furchtbaren Rückfall in den Stalinismus dar. In dem zu Beginn unserer Rundschau gekennzeichneten Zwiespalt, wie die Volksrepubliken ihre eigenen Wege gehen könnten, ohne den Ostblock in Gefahr zu bringen («weder zu langsam noch zu schnell»), hat die Regierung der Sowjetunion für Ungarn das Verkehrteste gewählt, was sie überhaupt tun konnte. Die «Harten» haben in Moskau erneut die Oberhand gewonnen und scheinen jetzt leichtes Spiel zu haben, um die «Entstalinisierung» grundsätzlich als Irrweg oder doch wenigstens als überstürzt in Gang gesetzt zu verrufen. Und doch wirft die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes für die Besetzungsmacht derartig schwere Probleme auf, daß früher oder später eben doch geschehen muß, was schon in den letzten Oktobertagen hätte geschehen müssen: der Rückzug der Sowjetstreitkräfte. Es wäre damals für die Sowjetunion nicht schlimmer herausgekommen, als es jetzt geworden ist!

Aber die *«faschistische Gegenrevolution»* und der *«weiße Terror»*? Die «westmächtliche Intervention» und der drohende «Übergang Ungarns ins Lager der Friedensfeinde»? Daß der Westen mit seiner jahrelangen Propaganda (zum Beispiel durch den eigens für solche Zwecke geschaffenen Radiosender «Freies Europa» in München), mit seiner Agententätigkeit, für die das amerikanische Parlament Hunderte von Millionen Dollar in aller Öffentlichkeit bewilligt hat, und mit anderen Mitteln Ungarn planmäßig unterwühlt und zur Erzeugung des Klimas, in dem der Aufstand möglich wurde, wesentlich beigetragen hat, steht für mich außer Zweifel; das zu leugnen hieße eine unverantwortliche Naivität an den Tag legen. Aber was auch der Westen unternommen haben mag, vor und während des Aufstandes – entscheidend war das nicht. Vom Ausland her konnte nur eine Stimmung *gefördert* werden, die aus innerungarischen Antrieben heraus bereits da war; die westliche Propaganda brauchte nur den wachsenden Unabhängigkeitswillen und die fast offene Russen- und Kommunistenfeindschaft im Volk sich auswirken zu lassen, um daran anknüpfend ihre Sonderziele zu verfolgen. Daß diese Ziele in der bewaffneten Intervention und im Anschluß Ungarns an den Westblock bestanden hätten, ist ganz unwahrscheinlich; der Sturz des kommunistischen Regimes und der Bruch Ungarns mit der Sowjetunion konnten ihr vollkommen genügen. Von einem unmittelbaren Eingreifen des Westens in den ungarischen Kampf war auch auf dem Höhepunkt der Krise so wenig die Rede, daß in der verzweifelten Bevölkerung mehr und mehr eine schmerzliche Enttäuschung über das «Versagen der freien Welt» zum Ausdruck kam, die noch lange nachwirken wird.

Richtig ist allerdings, daß *Ansätze* zu einer bürgerlich-konservativen

Gegenrevolution schon sehr bald in Budapest selber und noch mehr in Westungarn bemerkbar waren. Franz Fejtö, den wir in anderem Zusammenhang anführten, stellt (im «Observateur», 1. November) deutlich fest:

«Es bestätigt sich tatsächlich, daß sich im Westen des Landes militärische Abteilungen mit extremistischen Zielen fieberhaft organisieren und eine politische Aktion ins Auge fassen, die unabsehbare Folgen haben könnte. Die Erinnerung an den Staatsstreich Horthys von 1919 beschäftigt die Geister in Ungarn, wo – vielleicht mehr als sonstwo – die Geschichte die Neigung hat, sich zu wiederholen.»

Hatte die «nationale» Gegenrevolution nicht schon einmal ein verhaßtes kommunistisches Regiment – die Räterepublik mit Bela Kun an der Spitze – weggefegt? Konnte sie jetzt nicht wiederum zum Siege geführt werden, auch wenn im Gegensatz zu 1919 das Ausland – damals waren es Großbritannien, England und Rumänien – keine «Freiheitsarmeen» ins Land schickte? Solche Fragen spukten zweifellos in vielen ungarischen Köpfen auch in diesen Herbstwochen. Aber alles spricht dagegen, daß die Führer des Aufstandes und gar die hinter ihnen stehenden Volkskräfte für die Wiederherstellung des Großgrundbesitzes und des kapitalistischen Privateigentums kämpften. Fast sämtliche Aufrufe und programmatischen Erklärungen aus den Reihen der Aufständischen hielten an der Aufteilung des Großgrundbesitzes und an der Sozialisierung der Wirtschaft fest; was sie forderten, war – neben dem Abzug der Russen – vor allem die Aufhebung der Geheimpolizei, freie Rede und Vereinigung, Beseitigung der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft und Selbstverwaltung der Industrie durch echte Arbeiterräte. Die Errungenschaften der Revolution aus den Jahren 1945 bis 1949 – das war die Meinung – waren durch den zentralistisch-bürokratischen Stalinismus unfruchtbar gemacht, ja verfälscht worden; sie sollten wieder in ihrem ursprünglichen Sinn lebendig gemacht und in die Form einer sozialistischen Demokratie gegossen werden. Von einer kommunistischen Vorherrschaft konnte dabei natürlich nicht mehr die Rede sein; auch kein «Titoismus» kam mehr in Frage. Es ging um die Wiederherstellung des parlamentarischen Regimes der Jahre 1945 bis 1949 mit einer Koalition aller ungarischen Parteien – der Bauern, der Kleinlandwirte, der Sozialdemokraten und der entstehenden katholischen Partei – nach westlichem Muster, wobei allerdings, besonders auf sozialdemokratischer Seite, vielfach die gänzliche Ausschaltung der Kommunisten ins Auge gefaßt wurde.

Das war nun aber gerade der Punkt, an dem die Russen einhakten. Bruce Renton, der die ungarischen Ereignisse als Augenzeuge miterlebte, bemerkt im «New Statesman» (17. November) sehr richtig:

«Das ungarische Volk hatte sich klar für den Westen (das heißt für die parlamentarische Demokratie und das Mehrparteiensystem; H. K.) entschieden. Das war für die Russen das Grundproblem. Für sowjetische Stalinisten wie Suslow (mit seiner persönlichen Verantwortung für ungarische Angelegenheiten) spielte es keine Rolle,

daß Ungarn klar ausgedrückt hatte, es wolle sich dem Westen als ‚neutrales' Land anschließen wie die Schweiz und Österreich, deren Namen in Ungarn auf aller Lippen waren. Um die Niederschlagung einer Demokratie westlichen Typs zu entschuldigen, griffen die Russen zu der Geschichte vom ‚weißen Terror' und von der ‚faschistischen Gegenrevolution'.»

Das ist tatsächlich der entscheidende Punkt. Aber damit verurteilen sich die Russen selber. Mit der gewaltsamen Niederwerfung des ungarischen Aufstands im Namen der sozialistischen Revolution haben sie nicht den Sozialismus *verteidigt*, sondern ihm wieder einmal einen betäubenden *Schlag* versetzt. Sie haben der internationalen Reaktion in die Hände gespielt wie kaum jemals zuvor, haben also die Gegenrevolution erst recht auf den Plan gerufen und mindestens in der westlichen Welt einen sozialismusfeindlichen Haßausbruch von einer Wildheit erzeugt, wie man sie kaum für möglich gehalten hätte. Es ist darum auch völliger Widersinn, wenn man jetzt behauptet, das militärische Eingreifen in Ungarn sei zur Sicherung des Lebens und des Friedens der Sowjetunion notwendig geworden. Das Gegenteil ist wahr: indem Moskau mutwillig die ganze Politik der internationalen Entspannung und der west-östlichen Koexistenz selbst zerschlagen hat, hat es den zu allem bereiten Kriegskräften in der westlichen Welt einen gewaltigen Triumph verschafft und die Sicherung des Lebensrechtes der Sowjetunion neuerdings ungeheuer erschwert. Es hilft der Sowjetregierung gar nichts, wenn sie nun wieder mit Abrüstungsvorschlägen – und seien sie an sich noch so vernünftig – an die Westmächte herantritt, wie das mitten im Ablauf des blutigen ungarischen Dramas geschehen ist. Die Westregierungen und ihre Anhänger haben es zu leicht, auch das wieder als unehrliches Propaganda- und Ablenkungsmanöver abzutun, auf das einzutreten sich die Mühe überhaupt nicht lohne. Die Folge wird jedenfalls nicht Abrüstung, sondern neue Aufrüstung sein, auch auf sowjetischer Seite; ja vermutlich wird sich Moskau, sofern es nicht seinen Kurs unverzüglich gründlich herumwirft, gezwungen sehen, den Zusammenhalt seines Satellitensystems – von Polen abgesehen – noch mehr als bisher auf Gewalt zu gründen.

Nein, Sozialismus und nationales Lebensrecht sind durch eine Methode, wie sie in Ungarn angewandt wurde, nicht zu verteidigen. Wenn je einmal, so erweist sich auch hier wieder, daß ein schlechtes Mittel nicht zu einem guten Ziel führen kann. Das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht, das man für sich selbst beansprucht, muß man auch andern zuerkennen – doppelt wenn es sich um das Verhalten einer Großmacht gegen ein kleines Volk handelt. Auch wenn die Sowjetunion glaubte, der ungarische Aufstand trage gegenrevolutionären Charakter und solle Ungarn ins Lager der Westmächte führen, so hatte sie doch kein Recht, Ungarns Volk ein Regime aufzuzwingen, das es fast einhellig *nicht* wollte, und es mit Gewalt im Kreise von Untertanenländern zu halten, die ein schützendes Vorfeld, ein militärisches

Glacis für die Sowjetunion bilden sollen. Wie kein Einzelmensch zum Werkzeug fremder Zwecke erniedrigt werden darf, so auch kein Volk zur Schachfigur im Spiel ausländischer Machtinteressen!

Das wußte man einmal auch in der Sowjetunion. Lenin selbst stellte den Grundsatz auf: «Wir dürfen keine Gewalt gebrauchen, um andere Völker zur Verbündung mit Rußland zu zwingen. Es darf nur ein wirklich freiwilliges, ein wirklich freies Übereinkommen geben, und das ist unmöglich, wenn keine Freiheit besteht, das Übereinkommen aufzukündigen.» Und wiederum: «Die Finnen» (heute müßte Lenin sagen: die Ungarn) «müssen erklären, daß sie das Recht haben, über ihr Schicksal nach eigenem Gutdünken zu entscheiden, und der Russe, der ihnen dieses Recht nicht gewähren will, ist ein Chauvinist.» Dementsprechend besagt auch eine Entschließung des Warschauer Kongresses (November 1950) der «Weltbewegung für den Frieden», die unter kommunistischer Leitung steht, wenn sie auch *alle* Friedenskämpfer bei sich willkommen heißt, ganz unzweideutig: «Angreifer ist der Staat, der als erster, gleichgültig unter welchem Vorwand, Streitkräfte gegen einen andern Staat einsetzt. Keinerlei Erwägungen politischer, strategischer oder wirtschaftlicher Art, keinerlei Begründung mit der inneren Lage in einem anderen Staat kann eine bewaffnete Einmischung rechtfertigen.» Die sowjetische Militäraktion in Ungarn schlägt diesem Grundsatz offen ins Gesicht. Um so erfreulicher ist es, daß der schweizerische Zweig der genannten Bewegung an einer jüngst in Biel abgehaltenen Konferenz ihn wieder zu Ehren gebracht hat, indem er bedingungslos jegliche Einmischung irgendeines Staates in die Angelegenheiten eines anderen Landes verurteilte. Es gehört zu den dringendsten politischen Notwendigkeiten unserer Zeit, daß die hier aufgestellte Verhaltensregel selbstverständlicher Bestandteil der internationalen Moral wird.

Heuchelei des Westens Daß sie es auch im Westen noch *nicht* ist, stempelt die moralische Entrüstung eines sehr großen Teiles der «freien Welt» über die sowjetische Gewaltpolitik zur widerlichen Heuchelei und Unwahrhaftigkeit. Ich rede nicht von den Leuten, die bei uns wirklich das Recht haben, gegen das russische Verbrechen an Ungarn aufzutreten, weil sie *alle* politischen Verbrechen ähnlicher Art mit der gleichen Kraft verurteilen, sondern von den zahllosen anderen, die ihre sittliche Empörung immer nur (oder doch nur hier mit voller Lautstärke) einseitig gegen die Sowjetunion und die Kommunisten richten. Würden diese Leute beispielsweise auch protestieren, wenn die klerikal-konservative Regierung Italiens gegen eine sozialistisch-kommunistische Volksbewegung, gestützt auf den Atlantikpakt oder sonst eine Abmachung, die amerikanische Besetzungsmacht zu Hilfe riefe? Und doch läge der Fall grund-

sätzlich nicht viel anders, als er in Ungarn beim Eingreifen der sowjetischen Armee lag. Präsident Truman erklärte am 18. März 1948 in einer Botschaft an die amerikanische Bundesversammlung unzweideutig, die Vereinigten Staaten müßten aufrüsten, um Westeuropa gegen einen kommunistischen Angriff nicht nur von außen, sondern auch von innen zu schützen. Und andere amerikanische Äußerungen lassen ebenso klar erkennen, daß die Vereinigten Staaten auch einen ganz verfassungsmäßig zustandegekommenen Umschwung zugunsten der Linken in irgendeinem Land, etwa in Italien, als «innere Aggression» ansehen und mit militärischer Macht bekämpfen würden. (Vgl. K. Zilliacus, Dragon's Teeth, S. 30–32.) In Guatemala haben sie ja nach diesem Grundsatz erst vor zwei Jahren gehandelt, wenn auch nicht durch direktes Eingreifen amerikanischer Truppen, sondern nur durch stellvertretendes Aufgebot gemieteter Streitkräfte aus Honduras. In Mexiko, Nicaragua und andern mittelamerikanischen Ländern haben die Vereinigten Staaten übrigens wiederholt selber mit bewaffneter Hand eingegriffen, um ihre kapitalistisch-imperialistischen Ziele zu erreichen. Hat man jemals gehört, daß dagegen eine Protestbewegung der «freien Völker» organisiert worden sei? Und wie steht es mit der moralischen Entrüstung der heutigen Freiheitsenthusiasten über die vielen andern Verbrechen der Regierungen und Armeen «demokratischer» Staaten an unterentwickelten, kolonialen und halbkolonialen Völkern? Greifen wir nur wenige Beispiele heraus.

In China haben die Vereinigten Staaten jahrelang in großem Stil dem korrupten Regime Tschiang Kai-scheks Armeen, Waffen und Geld zum Kampf gegen die freilich kommunistisch geführte Freiheitsbewegung des chinesischen Volkes geliefert. Die Opfer, die bei dieser Schlächterei fielen, sind um ein Vielfaches größer als die Opfer des ungarischen Widerstandes. Auf Japan haben die Vereinigten Staaten am Ende des Zweiten Weltkrieges Atombomben abwerfen lassen, die mit *einem* Schlag mindestens 120 000 Menschen vernichtet haben. Keine Protestwelle ist über die «freie Welt» hingegangen. Weiter: Der Krieg gegen Vietnam wurde mit der Beschießung Haiphongs durch die französische Flotte eröffnet, bei der es 6000 Tote gab, und dann mit namenlosen Opfern und Leiden für das vietnamesische Volk jahrelang weitergeführt – ein klassischer Unterdrückungs- und Ausrottungskrieg. Der Aufstand des Volkes von Madagaskar im Jahre 1947 wurde von den Franzosen im Blut von mindestens 60 000 Menschen erstickt (die Franzosen selber geben nur 11 505 «sicher Getötete» zu). In Marokko haben die gleichen Franzosen seinerzeit den Überfall auf das Spital von Oued Zem mit der Niedermetzelung von über 7000 Menschen gerächt. Den Aufstand im algerischen Setif haben sie mit dem Massaker von einigen 40 000 Eingeborenen niedergeschlagen, und die Bilanz ihres Unterdrükkungskrieges gegen Algerien insgesamt erzeigt schon bis jetzt über hunderttausend im Kampf oder durch barbarische Vergeltungshandlungen

getötete Fellaghas. Nur nebenbei sei an die erbarmungslose Zerschlagung des Mau-Mau-Aufstandes in Kenya durch die Engländer erinnert, die etlichen Zehntausenden von Afrikanern das Leben gekostet hat. Nicht zu reden von dem britisch-französischen Krieg gegen Ägypten, der zwar wegen seiner kurzen Dauer nur verhältnismäßig wenige Todesopfer forderte, aber eben doch ein Gewaltakt brutalster Art war und die Welt an den Rand eines allgemeinen Krieges brachte.

Wo und wann haben sich die «freien Nationen» gegen all diese Verbrechen in einer Art und Weise aufgelehnt, die auch nur entfernt der ins Hysterische ausgearteten Protestbewegung in Sachen Ungarn nahekam? Wo blieb auch ihre sittliche Empörung, als Hitlerdeutschland die Tschechoslowakei vergewaltigte und mit Mussolinis Italien zusammen die spanische Freiheit ermordete? Die Regierung unserer «freien Schweiz» war eine der ersten, die das Blutregime Francos anerkannte, so wie sie auch die Eroberung Abessiniens durch Italien, ohne auf einen Massenprotest des Volkes zu stoßen, als rechtsgültig anerkannte, obwohl die Greuel, die die italienischen Armeen an einem fast hilflosen Volk verübt hatten, zum Himmel schrien. Und nicht zuletzt: Wo blieben das menschliche Mitgefühl und die elementare Empörung Westeuropas, als Horthy mit englischer und französischer Hilfe die ungarische Räterepublik stürzte und nach nie bestrittenen Feststellungen über 50 000 «Rote» hinrichten ließ – ähnlich wie auch die finnische Gegenrevolution nach dem Ersten Weltkrieg mehrere zehntausend wirkliche und angebliche Kommunisten abschlachtete? Wären diese ungeheuerlichen Schandtaten nicht auch eines «Aufstandes der empörten Gewissen» würdig gewesen?

Aber genug. Die Heuchelei und Verlogenheit der durch den Kampf in Ungarn ausgelösten Russen- und Kommunistenhetze ist mit Händen zu greifen. Ihr gilt, neben Jesu Warnung vor selbstgerechtem Aburteilen, in besonderem Maße auch das Pauluswort (Römer 2, 1): «Für dich, o Mensch, der du dich zum Richter machst, gibt es keine Entschuldigung; denn worin du den anderen richtest, darin verurteilst du dich selbst.» Wer zu den erwähnten Verbrechen «der anderen» geschwiegen hat oder nur lau gegen sie aufgetreten ist, der hat einfach kein Recht, jetzt in dieser völlig zügellosen Gehässigkeit über die Russen herzufallen, wie wir das seit Wochen erleben. Die Sowjetunion und ihr gegenwärtiges Regime stehen moralisch nicht tiefer als die «freie Welt» des westlichen Kapitalismus und Kolonialismus; die Behauptung von der einzigartigen Bosheit und Teufelei des Sowjetkommunismus, dieses «Tieres aus dem Abgrund», ist unwahr und dient nur als Vorwand für den Kampf der Weltreaktion gegen die soziale Umwälzung, die als gewaltige Aufgabe vor unserem Geschlecht steht. Und was im Sowjetkommunismus wirklich an Bösem und Grausigem steckt, was seine große Sünde ausmacht und auch jetzt in Ungarn wieder offenbar geworden ist, das ist – man kann es nie genug wiederholen – weit-

hin die Schuld des «christlichen», «freiheitlichen» Westens selber, auf dessen Gewalttätigkeit und Unmenschlichkeit der Osten im *gleichen* Geist antwortet. Mit einem Berdiajew, einem Foerster protestieren auch wir gegen «jene gänzlich oberflächliche Art», in der man weithin das russische Regime be- und verurteilt, als wären seine Handlungen «ein unbegreifliches Attentat, durch das eine Reihe von revolutionären Banditen die russische Gesellschaft (und Osteuropa überhaupt, H. K.) überrascht und vergewaltigt hätte». Katastrophen, wie sie im Zusammenhang mit dem Sowjetkommunismus eintreten, sind wirklich nur «ein Teil des strafenden Schicksals, das durch Sünden von Jahrzehnten, ja von Jahrhunderten, Sünden, in die wir alle verwickelt sind, unabwendbar hervorgerufen worden ist» (F. W. Foerster, Christus und das menschliche Leben, neue Auflage, S. 316).

In diesem Zusammenhang müssen wir auch das Geschehen in Ungarn würdigen. Ohne die russische Schuld im geringsten verschleiern zu wollen – ich habe sie, glaube ich, klar genug ins Licht gestellt –, haben wir unsere eigene, ganz besondere Schuld auch am Schicksal Ungarns zu erkennen und anzuerkennen. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß Moskau in Ungarn gar nicht losgeschlagen hätte, wenn London und Paris nicht das böse Beispiel am Suezkanal gegeben hätten. Der «New Statesman» (vom 10. November) schreibt in diesem Sinne sehr wahr:

«Am Montagmorgen (29. Oktober) schien die Ankündigung, daß Moskau eine Tagung der Staaten des Warschauer Paktes einberufen habe, darauf hinzudeuten, daß die Kräfte der Vernunft obenaufkommen würden. Dann kam am Dienstag Edens verhängnisvolles Ultimatum, dem am Mittwoch seine Bomben folgten. Schon am Freitag waren die Dunkelmänner in Moskau wieder fest im Sattel. Und am Sonntagabend lag Ungarn wieder in bitterem Dunkel. Müssen wir also die Verantwortung für den Mord an Ungarn auf uns nehmen? Wir wissen es nicht; aber bei jener schicksalshaften Debatte im Kreml mag unser Angriff auf Ägypten, der tatsächlich eine neue Periode von Gewalttat und Gesetzlosigkeit eröffnet hat, recht wohl den Ausschlag gegeben haben. Jedenfalls hat Eden uns des Rechtes beraubt, Rußlands Brutalität zu verdammen. Wir gaben das Beispiel, die Russen befolgten es.»

Was muß geschehen? Wenn unsere Deutung der ungarischen Ereignisse richtig ist, ergeben sich von selbst die Folgerungen für unser Handeln. Wir können sie hier, um nicht zu lang zu werden, vorerst nur stichwortartig zusammenfassen.

Es ist zunächst selbstverständlich, daß die Sowjetunion ihren Kurs gegenüber den östlichen Volksrepubliken rasch und ganz konsequent auf freie Zusammenarbeit und Verbündung umstellen muß. «Nichts bindet so sehr wie Freiheit» – auch hier! Also ehrliche Durchführung der Grundsätze der Moskauer Erklärung vom 30. Oktober dieses Jahres, stufenweise Zurücknahme der sowjetischen Besatzungstruppen aus allen Ländern, Verzicht auf alle Einmischung in die innere und äußere

Politik anderer Länder. Es gärt ja ganz stark auch in Bulgarien* und Rumänien, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland. Wenn jetzt nicht schnell eine entschlossene Lockerung des russischen Griffes auf diese Länder erfolgt, wird es zu weiteren Katastrophen nach ungarischer Art kommen. Die Gefahren einer solchen Lockerung sind auch für die Sowjetunion auf die Länge viel geringer als ihr Segen; die *wirkliche* Gefahr liegt in der Fortsetzung des Satellitenverhältnisses. Auch mit Jugoslawien wird sich die Sowjetführung nur verstehen, wenn sie die Linie, der jetzt ihre Beziehungen zu Polen folgen, gegenüber *allen* Volksrepubliken einhält.

Die *innere* Liberalisierung der Volksrepubliken wird sich anderseits in dem Maße durchsetzen, als das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach *außen* anerkannt wird. Der Sozialismus wird auch in Osteuropa auf der Zustimmung der Volksmehrheit ruhen müssen – sonst hat er keine haltbare Grundlage. Und die Sache des Sozialismus im Westen, ja in der ganzen Welt kann nur gewinnen, wenn Osteuropa von der Hypothek des Stalinismus endgültig befreit wird. Umgekehrt wird die soziale und politische Reaktion im Westen und überall sonst um so stärker, kühner und gefährlicher werden, je länger sich der Gewaltkommunismus im Osten erhält. Sie lauert ja förmlich darauf, die Fehler und Sünden des Sowjetregimes für ihre Zwecke auszubeuten, eingeschlossen der längst ersehnte «Freiheitskreuzzug» gegen die Sowjetunion (und China!).

Aber wir gehören eben zum *Westen*, und darum muß sich unsere Forderung vor allem an *ihn* richten. Was verlangen und erwarten wir von ihm? Kurz gesagt: nur das eine – daß er den kalten Krieg und die Vorbereitung des heißen Krieges gegen den Sowjetkommunismus einstelle und jetzt erst recht Wege zu einem friedlichen Zusammenleben mit dem Osten suche. Das tönt nach den ungarischen Ereignissen und inmitten der antikommunistischen Hysterie im Westen für die allermeisten Menschen unter uns phantastisch, unsinnig, ja verbrecherisch. Und doch ist es *die* Notwendigkeit unserer Lage – sonst kommt es mit unausweichlicher Gesetzmäßigkeit zum dritten Weltkrieg. Entweder Gehorsam gegen die *sittliche* Notwendigkeit oder Erleiden der *schicksalshaften* Notwendigkeit! Vor diese Entscheidung stellen uns die ungarische Tragödie und der Ausbruch der dämonischen Leidenschaften, die sie entfesselt hat.

Erste Notwendigkeit also: Äußerster Widerstand gegen den unsinnigen Russen- und Kommunistenhaß, der unter uns wütet, wie auch gegen die unerträgliche Heuchelei und Selbstgerechtigkeit der «freien

* Ein Bulgare schrieb letzthin einem schweizerischen Freund, der ihm berichtet hatte, daß höchstens 10 Prozent der Schweizer mit dem Kommunismus sympathisieren: «Lassen Sie die 10 Prozent nur für drei Tage nach Bulgarien kommen, und sie werden sich den übrigen 90 Prozent anschließen.»

Welt».* Und Hand in Hand damit: unermüdlicher Kampf gegen die Lügenflut, die jetzt über den Westen hingeht, Suchen der Wahrheit über die Weltereignisse und ihre Zusammenhänge und ruhige Vertretung der gefundenen Erkenntnis gegen alle Halbwahrheiten und ganzen Lügen.

Sodann, als tätige Folgerung aus einem neuen Geisteszustand: Einstellung des kalten Krieges, der offenen und unterirdischen Hetzpropaganda gegen den Osten und der militärischen Aufrüstung, nicht zuletzt unseres schweizerischen Wehrmachtsausbaus und unserer Waffenlieferungen an das Ausland. Wer jetzt, da die Sowjetunion keinesfalls mehr auf ihre bisherigen Satelliten zählen kann, noch Furcht vor einem russischen Angriffskrieg verbreitet, handelt schlechterdings unverantwortlich; dem Westen ist ja nun auch der letzte Vorwand für defensiv gemeinte Kriegsrüstungen genommen. Der kalte Krieg und die Vorbereitung auf einen heißen erzeugt bei der Sowjetunion nur neue Furcht und treibt sie zu neuer Gegenrüstung wie zur Festhaltung des vermeintlichen Schutzgürtels von Gefolgsstaaten an ihrer Westgrenze. Oder was denkt man, daß die Russen empfinden, wenn sie Aussprüche vernehmen wie denjenigen des neuen westdeutschen Wehrmachtsministers Strauß: «Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können»? Oder den des westdeutschen Bundestagsabgeordneten Prinz von Löwenstein: «Wenn wir stark sind, wird es auch in der Zone (das heißt in Ostdeutschland) zu einem 23. Oktober wie in Ungarn kommen»?

Die wirkliche Aufgabe des Westens wäre es, den Russen zu *helfen*, ihre Furcht vor einer neuen Bedrohung des Lebens und der Errungenschaften der Sowjetunion zu überwinden und ihnen die Weiterführung der Liberalisierung und Entstalinisierung im Innern wie nach außen zu erleichtern. Chruschtschew meinte es gewiß völlig ernst, wenn er letzthin bei einem Empfang im Kreml zu den westlichen Gästen gewandt sagte: «Wenn ihr eure Truppen aus Deutschland zurückzieht, werden wir nicht einen Tag länger in Polen, Ungarn und Rumänien bleiben.»

Auch nicht in Ostdeutschland! Hier liegt nach wie vor der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage – nicht in der frevelhaften Durchsetzung der beschlossenen Aufrüstung. Und von hier aus kann sich dann auch der Aufbau eines Europas vollziehen, das vom Westen ebenso unabhängig wäre wie vom Osten, also weder ein strategisches Vorfeld für die Sowjetunion noch eine Landbasis der Vereinigten Staaten für einen Krieg gegen den Osten bildete. Im Blick auf einen

* Ein ausgezeichnetes Wort sagt dazu die Compagnie des Pasteurs du Canton de Genève in der «Vie Protestante» vom 24. November. Ehre *diesen* Dienern am Wort! In der welschen Schweiz ist überhaupt die Massenhysterie weitaus geringer als in der deutschen.

Atombomben- und Raketenkrieg können ja sowohl Amerika als die Sowjetunion immer unbesorgter (wenn man so sagen darf) auf ihre west- und osteuropäischen Stützpunkte verzichten. Das sagt sich wahrscheinlich auch Eisenhower, der mit solchem Vorsprung vor seinem Konkurrenten Stevenson wiedergewählte Präsident der Vereinigten Staaten, der das ihm Mögliche gewiß tun wird, um als «Friedenspräsident» in die Geschichte einzugehen. Und an Nehru, dem Führer Indiens, hat er ja einen Verbündeten, der unbeirrt an der Schaffung «einer dritten Kraft» zur Verhinderung eines Zusammenstoßes der beiden großen Machtblöcke arbeitet, weswegen er auch von unseren westlichen Kriegstreibern immer mehr als verkappter Kommunistenfreund angeprangert wird.

Der Erfolg dieser Arbeit setzt freilich voraus, daß die aus dem *Kapitalismus* und aus der bürgerlichen Welt des Westens stammenden Kriegskräfte endgültig gebändigt werden. Der Traum von der Zurückgewinnung des Ostens für die «freie Wirtschaft» muß ein für allemal ausgeträumt sein; zu *unserer* Aufgabe aber wird es weiterhin gehören, das Positive, das Gute, das Verheißungsvolle, das in der Sowjetunion, in den europäischen Volksrepubliken, in China geschaffen worden ist, sichtbar zu machen. Wir werden jetzt erst recht für eine *sozialistische* Neugestaltung der Völker- und Weltordnungen einstehen müssen und nicht auf eine Zerstörung der starken Ansätze zur Gemeinwirtschaft und zu einer klassenlosen Gesellschaft spekulieren dürfen, die jetzt von den Volksrepubliken her im ganzen kommunistischen Osten bemerkbar sind. Was wir dort erleben, so schrieb unlängst Aneurin Bevan,

«ist keine Gegenrevolution, sondern die schrittweise Anpassung der kommunistischen Praxis an die Wirklichkeiten der modernen Gesellschaft. Wir müssen Verständnis und Sympathie mit den Sowjetführern aufbringen, wenn sie die Probleme anpacken, die sich aus der Lockerung der Zügel in Rußland selbst und der Neugestaltung ihrer Beziehungen mit den Kommunisten anderer Länder ergeben ... Unsere Aufgabe ist es, ihnen das zu erleichtern und nicht so zu reden und zu handeln, als erlebten wir das erste Stadium der Liquidierung der Russischen Revolution.»

Der Suezkrieg Neben den ungarischen Ereignissen her und mannigfach mit ihnen verknüpft läuft nun also der doch noch ausgebrochene *Krieg gegen Ägypten*. Die Kräfte, die ihn ausgelöst haben, sind, wie man weiß, sehr verschiedener Natur. An seinem Anfang stand der Entschluß *Israels*, durch eine militärische Gewaltaktion seiner immer unerträglicher gewordenen Lage ein Ende zu machen. Vom gewöhnlichen, «realpolitischen» Standpunkt aus versteht man diesen Entschluß ohne weiteres. Seit acht Jahren lebt Israel in einem nur dünn verschleierten Kriegszustand mit Ägypten, ja mit allen arabischen Staaten, die ihm den Untergang geschworen haben. Sein Handel wurde boykottiert, seine Schiffahrt in Suez und im Golf von Eilat blockiert, sein Bewässerungswerk gelähmt, sein Gebiet von terroristischen Banden angegriffen, seine Grenzbevölkerung gemordet

– alles unter den Augen der Vereinten Nationen, die ihm nie wirksame Hilfe leisteten, und zum Teil sogar unter Mithilfe der Westmächte wie der Sowjetunion, die Israels Feinden reichlich Waffen lieferten, ihm selbst aber sie verweigerten. Aus dieser Lage herauszukommen, den feindlichen Ring zu sprengen, die Großmächte und die arabischen Staaten zu einer befriedigenden Lösung der Palästinafrage zu zwingen – das war der Zweck des *Präventivkrieges*, den Israel Ende Oktober gegen Ägypten unternommen hat.

Der Zeitpunkt seiner Auslösung schien raffiniert geschickt gewählt: weder die Vereinigten Staaten, die im Präsidentschaftswahlkampf standen, noch die Sowjetunion, die in Ungarn festgelegt war, schienen handlungsfähig; *England* und *Frankreich* aber, die nur grollend auf einen Schlag gegen Ägypten verzichtet hatten, um den Suezkanal wieder in ihre Hände zu bekommen, waren von vornherein mindestens stille Verbündete Israels und ermunterten sogar zuletzt in einer schmutzigen Verschwörung mit Israel, deren Einzelheiten nun allmählich bekannt werden, die Regierung von Tel Aviv ganz schamlos zum Losschlagen. Wie Israel die beiden Westmächte für *seine* Zwecke benutzte, so diese ihrerseits Israel für ihre Absicht, Ägypten – dieses «Werkzeug Moskaus» – doch noch auf die Knie zu zwingen und die Herrschaft über den Suezkanal zurückzugewinnen.

Die Sache kam anders heraus. Die Israeli leisteten zwar – wie die Militärs sagen – «glänzende Arbeit», zerschlugen in einem einzigen Anlauf die ägyptische Wehrmacht, machten eine riesige Beute und eroberten fast die ganze Halbinsel Sinai. Aber die britisch-französische Operation kam nur stockend vorwärts, stieß am Kanal auf ernsthaften Widerstand und vermochte das Regime Nasser in keiner Weise zu erschüttern. Inzwischen wurde die Weltmeinung heftig aufgerührt; besonders in England entwickelte sich ein leidenschaftlicher, von der Labourpartei angeführter Feldzug gegen das Suezabenteuer, das die Regierung Eden vergeblich durch immer neue und immer lügenhaftere Rechtfertigungsgründe zu beschönigen suchte, während die Vereinigten Staaten, die sich durch England und Frankreich schmählich hintergangen fühlten, offene Feindseligkeit gegen das ganze Unternehmen zeigten und im Verband mit anderen Ländern, besonders den Mitgliedern des asiatisch-afrikanischen Blockes, die UNO gegen die Kriegsmacher und Verächter des Völkerrechts in Bewegung setzten. Den Ausschlag gab aber die kaum verhüllte Drohung der Sowjetunion mit einem Eingreifen in den Suezkonflikt (durch eine russische «Freiwilligenarmee», der sich sofort auch die Chinesen mit einer Viertelmillion Kämpfer anschließen wollten) – eine Aussicht, vor der zuerst England und dann widerstrebend auch Frankreich, das der Haupttreiber bei dem ganzen Unternehmen gewesen war, doch zurückschreckten, zumal da sie der amerikanischen Hilfe in einer *solcherart* herbeigeführten Kraftprobe mit dem Sowjetblock und seinen asiatisch-afrikanischen

Verbündeten nicht von vornherein sicher sein konnten. Kurz, der Suezkrieg wurde fast von einem Tag zum andern ergebnislos abgebrochen, und die Vereinten Nationen forderten Israel, Großbritannien und Frankreich zur unverzüglichen Räumung der besetzten ägyptischen Gebietsteile auf, wobei sie gleichzeitig die Entsendung einer aus Truppenabteilungen verschiedener Staaten zusammengesetzten «internationalen Polizeitruppe» an den Suezkanal in die Hand nahmen.

Die moralische und politische Niederlage der drei Kriegführenden war vollständig. Israel war schwer enttäuscht und ernüchtert. All seine Hoffnungen zerstoben. Keines der Ziele, die es sich gesetzt hatte, war erreicht; seine Lage war im Gegenteil schlechter geworden, als sie vorher war, hatte Israel doch unendlich viel Sympathien in der westlichen Welt, besonders auch in Amerika, eingebüßt, während es sich die Sowjetunion nun erst recht zum Feind gemacht hatte und in den Augen der Völker Asiens und Afrikas – wenn auch zu Unrecht – als Vorposten des westlichen Imperialismus dasteht. Wieder einmal ist bewiesen, daß ein Präventivkrieg, und diene er auch noch so sehr der Selbstverteidigung, nie zu rechtfertigen ist (das galt ja auch schon von Nordkorea); wiederum hat das ganze Gewaltdenken eine Lehre bekommen, die eben wegen ihrer Schmerzlichkeit nur heilsam wirken kann und die, so hoffen wir, auch in der übrigen Welt verstanden werden wird. Vor allem aber hat der *falsche* Zionismus, der aus Israel einen nationalistischen Militärstaat – dazu noch mehr und mehr kapitalistischen Charakters – machen wollte, eine eigentliche Katastrophe erlitten; Israels Bestimmung ist es nun einmal, *kein* Volk «wie die andern Völker» zu sein, sondern ein auserwähltes Werkzeug Gottes für die Schaffung eines Reiches der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt. Ein neues, das *wirkliche* Zion muß aufgepflanzt werden, der «Berg des Herrn», von dem aus Belehrung für alle Völker ergehen und Recht für die ganze Erde gesprochen werden wird, damit kein Volk mehr gegen das andere zum Schwert greife und sich niemand mehr auf den Krieg einübe (Jesaja 2, Micha 4).

Nicht viel weniger verheerend sind die Folgen des Suezkrieges für die beiden Westmächte. Die elende Regierung Mollet, diese Schande für den ganzen Sozialismus, scheint zwar vorerst nicht erschüttert, weil das französische Volk moralisch unempfindlich geworden ist und die Politiker keine neue Regierungsformel zu finden vermögen; der Widerstand gegen die Algerien- und Ägyptenpolitik des Kabinetts, der sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei abzeichnet, wird ja durch Druck von oben und Schwächlichkeit von unten ebenso sicher erstickt werden wie alle anderen Gesundungsbewegungen, die früher in Frankreich eingeleitet worden sind, zumal die Kommunistische Partei mit ihrem bornierten «Stalinismus» jede Bildung einer handlungsfähigen Linken verhindert. Aber daß die französische Algerienpolitik auch auf dem Umweg über Ägypten nicht zu dem erstrebten Ziel geführt hat,

daß es heute, da Nasser erst recht der Held des allarabischen Nationalismus ist, auch mit dem Aufgebot einer Armee von einer halben Million Soldaten nicht mehr möglich ist, den Freiheitswillen eines ganzen Volkes zu unterdrücken – das liegt so klar am Tage, daß über kurz oder lang der moralische und politische Bankerott eines Systems unvermeidlich ist, dem nun auch die amerikanische Hilfe allmählich zu entgleiten droht.

Auch die «enge Solidarität» mit Großbritannien, auf die sich das Pariser Regime so gern beruft, wird ihm nichts mehr nützen, steht doch England selbst nach dem Zusammenbruch am Suezkanal heillos geschwächt da. Die Kosten des Kriegsabenteuers, an dem 60 000 britische und 30 000 französische Truppen, 1200 Düsenjäger und zwei Drittel der einsatzfähigen Kriegsflotte beteiligt waren, werden schwer auf den Staatsfinanzen lasten und die britische Währung neuerdings ins Schwanken bringen. Der Suezkanal ist gesperrt und wird erst nach Monaten wieder befahrbar sein. Die Ölzufuhr aus dem Osten ist so stark vermindert, daß in ganz Westeuropa schwerer Benzinmangel eingetreten ist. Politisch aber sind die noch verbliebenen Machtstellungen Großbritanniens im Mittelosten – besonders in Jordanien, Irak und Saudi-Arabien – so gut wie erledigt; die ganze arabische und mohammedanische Welt, eingeschlossen Pakistan und Indonesien, ist *gegen* England geeinigt; Indien ist «neutralistischer» als je und nähert sich mehr und mehr den Vereinigten Staaten, deren Abrücken von Großbritannien und Frankreich den Zusammenhalt des Atlantikbundes auf eine schwere Probe stellt. Das Ansehen und die Wirkungsmöglichkeit der UNO hat gleichzeitig trotz dem energischen Eingreifen Generalsekretär Hammarskjölds in die Suezkrise noch weiter gelitten; die Sowjetunion aber hat in Vorderasien einen Machtzuwachs errungen, der ihren Prestigeverlust in Europa weithin aufzuwiegen geeignet ist und die Siegesaussichten der Westmächte für den Fall eines kriegerischen Zusammenstoßes der beiden Großblöcke wesentlich verschlechtert. Denn ob Amerika, das jetzt mit seinem neuentdeckten Antikolonialismus so demonstrativ aufwartet, in der asiatisch-afrikanischen Welt an Einfluß zurückgewinnen kann, was es selbst und seine europäischen Verbündeten dort verloren haben, das steht doch noch sehr dahin.

An der Zeitenwende Aber ist nicht dieses ganze Macht- und Militärdenken überhaupt an seinem Ende angelangt? Ist es nicht eine der großen Lehren auch der jüngsten weltpolitischen Ereignisse, daß aller Gewaltweg ein fürchterlicher Irrweg ist, der die Völker nur endgültig ins Verderben stürzen kann, und daß ein völlig *neuer Weg* beschritten werden, eine gänzliche *Umkehr* von all dem, was heute Politik heißt, eintreten muß, wenn wir gerettet

werden wollen? Wir haben an Ungarn erlebt, wozu der Gewaltkommunismus fähig ist, der im Namen des Sozialismus und der Friedenswahrung aufs neue ein ganzes Volk knechtet und mordet. Es ist die Selbstenthüllung eines Geistes, der die große Sache der sozialen Gerechtigkeit und der Befreiung unterentwickelter Völker aus jahrhundertelanger Bedrückung schändet, der Anfang des Zusammenbruchs eines ganzen Systems, das, aus der Not und dem Chaos grausiger Kriegszeiten geboren, über die barbarische Primitivität dieser Zeiten nie recht hinausgekommen ist. Wir haben aber auch den Ausbruch einer Gegenbewegung gegen den Gewaltkommunismus erlebt, die in Ungarn selbst wie in Westeuropa wirkliche Höllengeister und Satansmächte entbunden hat und über die verschärfte Wiederaufnahme des kalten Krieges doch noch zur Endkatastrophe eines dritten Weltkrieges zu führen droht. Und wir haben im Suezkrieg Mächte am Werke gesehen, die aus dem Geiste der internationalen Anarchie und des kapitalistischen Imperialismus und Kolonialismus heraus drauf und dran waren, einen ganzen Erdteil in Brand zu stecken, ja den Weltkrieg heraufzubeschwören.

Weil es diesmal «freie Nationen» waren, die das Verbrechen begangen haben, hat man es mit Hilfe der Ungarnempörung zu bagatellisieren verstanden; aber wir sind gewiß, daß der gleiche Angriffskrieg, von der Sowjetunion gegen ein westliches Land angezettelt und begonnen, einen antikommunistischen Haßaufschrei von überhaupt nicht mehr zu beschreibender Wildheit herausgefordert hätte und mit der sofortigen «Ausradierung» Moskaus und Dutzender von anderen sowjetischen Städten beantwortet worden wäre. Kein Wunder darum, daß die Sowjetunion ihrerseits Miene gemacht hat, sich in den Suezkrieg einzumischen; kein Wunder aber auch, daß sie durch den britisch-französischen Schlag gegen Ägypten – wie früher bemerkt – wohl erst zu ihrem Schlag gegen Ungarn veranlaßt worden ist. Vielleicht hat der ägyptische Krieg sogar eine *Kettenreaktion von Gewalttätigkeiten* ausgelöst, deren letztes Glied ganz wohl die Weltkatastrophe des Atomkrieges sein kann. Auch dem Ersten und dann dem Zweiten Weltkrieg sind «kleinere» Kriege – auf dem Balkan, in Tripolis, in Abessinien, in Spanien, in China usf. – vorausgegangen, bis die Friedensdämme so weit unterhöhlt waren, daß die große Flut hemmungslos einbrechen konnte.

Wo sind aber die Kräfte, die dem Unheil noch wehren könnten? Auf menschlicher Ebene vermögen wir sie nirgends zu erblicken. Auch die Furcht vor der eigenen Vernichtung, die der Einsatz von Kernwaffen gegen den andern nach sich ziehen müßte, wird auf die Dauer nicht vorhalten, solange der Geist der Gewalt in den Völkern weiterlebt und die «Politik der Stärke», der militärischen Rüstungen und der allgemeinen Kriegsvorbereitung die selbstverständliche Praxis der Regierungen bleibt. Dieser Geist, diese Politik aber werden wir mit den

rein weltlich-menschlichen Kräften nicht bezwingen. Mit ihnen werden wir der Kriegsdämonen nicht Herr werden. Da müssen jenseitige, müssen göttliche Kräfte in unsere Menschenwelt einbrechen und unter uns Gestalt gewinnen – die Kräfte, an die uns die herannahende Weihnacht wieder erinnert. «Wohl bedeckt Finsternis die Erde und Dunkel die Völker; aber über dir geht der Herr wie eine Sonne auf, und seine Herrlichkeit wird sichtbar über dir.» (Jesaja 60, 2.) Sollte sich die Prophezeiung nicht doch erfüllen? *Haben* wir das Licht nicht schon seit bald zweitausend Jahren? Wollen wir ihm nicht doch endlich folgen? Wir wollen es, wir sollen es. Und werden dann wirklich singen dürfen: «Welt ging verloren, Christ ward geboren, freue dich, o Christenheit» – trotz alledem.

28. November *Hugo Kramer*